

«Niemand soll in Angst leben»

Zum zweiten Mal wird der Gedenktag für Opfer religiöser Gewalt begangen. Das christliche Hilfswerk Open Doors hat bei Schweizer Parlamentariern Stimmen zum Thema eingeholt.

Andreas Faessler

Die Vereinten Nationen (UN) haben 2019 zum ersten Mal einen Internationalen Gedenktag für Opfer religiöser Gewalt ausgerufen. Der Tag wurde auf den 22. August gelegt. Dieses Datum ist fixiert, der Gedenktag wird fortan jährlich begangen. Unterdrückung, Gewalt und Unrecht aufgrund Religion und Weltanschauung gilt in vielen Regionen der Erde als grosses Problem – rund 80 Prozent der aufgrund ihrer Religion unterdrückten Menschen sind Christen. Mit diesem Gedenktag soll auf das Thema, welches aus Sicht von auf diesem Gebiet tätigen Hilfswerken und Organisationen noch immer zu wenig wahrgenommen wird, verstärkt hingewiesen werden.

Eines der führenden christlichen Hilfswerke, die sich gegen religiös motivierte Gewalt und Verfolgung starkmachen, ist Open Doors (siehe Box). In über 60 Ländern ist die überkonfessionelle Institution aktiv. Wie Open Doors mit Besorgnis feststellt, verschlechtert sich die Situation verschiedener Minderheiten weltweit.

Politikerinnen und Politiker äussern sich

Damit der Gedenktag für Opfer religiöser Gewalt auch dieses Jahr nicht einfach eine simple Markierung im Kalender bleibt, hat die Schweizer Niederlassung von Open Doors bei Schweizer Parlamentariern unterschiedlicher Parteien nachgefragt, wie sie die Problematik einschätzen. Im Zentrum



Eine Sonntagsmesse im nigerianischen Dorf Namtari. Im westafrikanischen Staat leben Christen besonders gefährlich, vor allem im islamisch geprägten Norden.

Bild: keystone/Andy Spyra

standen drei Fragen: Wie sie selber zum Thema Christenverfolgung stehen, wie die Schweiz beim Thema Glaubensverfolgung einen Unterschied machen kann und was sie von der Implementierung des neuen UN-Gedenktages halten.

Dass die Christenverfolgung ein wichtiges Thema ist, sind sich alle einig. «Wir müssen den Mut haben, dieser Problematik auch in unserer Gesellschaft wieder vermehrt Gehör zu verschaffen», sagt alt Nationalrat Philipp Hadorn (SP) dazu. Und Lilian Studer (EVP) findet: «Niemand soll aufgrund seines Glaubens in Angst und mit Verfolgung leben und um sein Leben fürchten. Das muss einge-

Das Hilfswerk

Das 1955 vom niederländischen Missionar Anne van der Bijl gegründete überkonfessionelle Hilfswerk ist heute in über 60 Ländern im Einsatz für verfolgte Christen. Open Doors ist Herausgeberin des sogenannten Weltverfolgungsindex, welcher jährlich das Ausmass der Christenverfolgung darstellt. Eines der Ziele des Hilfswerkes ist es, der von der UN garantierten Religionsfreiheit Nachdruck zu verleihen. In der Schweiz ist Open Doors seit 1979 vertreten. (fae)

www.opendoors.ch

fordert werden.» Erich von Siebenthal (SVP) beschäftigt sich schon seit Jugendjahren damit. «Was die Christen alles auf sich nehmen für ihren Glauben, bewegt mich», sagt er.

Schweiz als Botschafterin für das Völkerrecht

Auch hinsichtlich dessen, dass die Schweiz diesbezüglich eine wichtige Aufgabe wahrzunehmen hat, stimmen sie Politikerinnen und Politiker überein. Andreas Gafner (EDU): «Beispielsweise, indem das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten gezielt bei den betreffenden Regierungen interveniert und auch definierte Forderungen stellt.» Für Christine

Bulliard-Marbach (CVP) ist es wichtig, dass die Schweiz als aktive Botschafterin für das Völkerrecht die Problematik in ihrem internationalen Dialog zur Sprache bringt, ganz besonders mit Staaten, in welchen Menschen bestimmter Glaubensrichtungen verfolgt und diskriminiert werden. So ein Handeln der Schweiz ist auch in den Augen von Philipp Hadorn besonders dringlich, sei unser Land doch ein gutes Beispiel, denn: «Die Schweiz hat bewiesen, dass ein friedliches Zusammenleben von Menschen mit verschiedenen Glaubensbekenntnissen möglich ist», so Hadorn.

Regierungen sind in der Pflicht

Entsprechend wird auch der neu implementierte UN-Gedenktag als starkes Zeichen gegen das Unrecht gegenüber Christen von den Politikern begrüsst. So gebe dieser Tag der Sache zusätzliches Gewicht, findet Lilian Studer. «Und es führt hoffentlich zu mehr Sensibilität, Toleranz und politischem Willen», so Christine Bulliard-Marbach. Diesen Gedanken schliessen sich die restlichen Befragten sinngemäss an.

Dass es aber nur mit der Ausrufung dieses Gedenktages nicht getan ist, mahnt Philippe Fonjallaz, Direktor Open Door Schweiz. Er sagt: «Damit sich die Situation konkret ändert, müssen sich Regierungen und internationale Institutionen verbindlich dazu verpflichten, die Menschenrechte, einschliesslich des Rechts auf freie Glaubensausübung, zu verteidigen.»